

Export wird anspruchsvoller

Internationaler Markt Am Agrarpolitikforum an der Hochschule Hafl in Zollikofen BE ging es um die Zukunft der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft im internationalen Handel. Vertreter von Nestlé und Emmi berichteten über die Situation.

Jonas Zbären

«Man weiss nicht, was morgen kommt», beschrieb Daniel Weilenmann, Fachleiter Milchmarkt und Agrarpolitik bei Emmi, seine Faszination für den Milchmarkt. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion berichteten er und Daniel Imhof, Leiter Landwirtschaft bei Nestlé Schweiz, über ihre Erfahrungen mit internationalen Märkten. «Man weiss nicht, was morgen kommt», beschrieb Weilenmann seine Faszination für den Milchmarkt. Vor den Sommerferien sei man bei Emmi noch von viel Milch, hohen Butterlagern und C-Milch ausgegangen, wo Weilenmann. Nach seiner Rückkehr habe sich die Situation innert kürzester Zeit komplett verändert. Für Imhof liegt die Faszination ebenfalls in der Komplexität. Gerade die zunehmende internationale Vernetzung mache die Situation anspruchsvoller.

Wichtigste Märkte

Besonders klar wird dies bei den Exportmärkten. Imhof umschrieb die strategische Situation bei Nestlé mit den Worten «Protect the Core», auf Deutsch «Bewahre das Herzstück». Statt neue Chancen in Freihandelsabkommen zu suchen, müsse das Unternehmen stärker darauf achten, die bestehenden Hauptmärkte zu sichern. Dazu gehören vor allem die EU und die USA. Diese Märkte seien lange als stabil betrachtet worden. Nun sei vor allem durch die aktuelle US-Regierung grosse Unsicherheit hinzugekommen.

Für international tätige Unternehmen können solche Veränderungen schnell teuer werden. Imhof schilderte, wie Nestlé mögliche Folgen veränderter Han-



Podiumsdiskussion am Agrarpolitikforum 2026 (v. l.): Daniel Imhof (Nestlé), Hansjürg Jäger (Hafl), Daniel Weilenmann (Emmi). BILD: JZB

delsbedingungen aufgrund der US-Zölle berechnen musste. Aus zunächst 45 Millionen Franken wurden 70 Millionen. Plötzlich ging es darum, zusätzliche Container vorzuschieben. Für Emmi ist die EU der wichtigste Exportmarkt, die USA folgen auf Platz zwei. Gleichzeitig sieht Weilenmann Chancen von Asien über Afrika bis nach Nord- und Südamerika. Entscheidend sei, nicht überall mit den gleichen Produkten aufzutreten. In jedem Markt gebe es eine Nische, in der Schweizer Unternehmen erfolgreich sein könnten.

Schweizer Mehrwert

Für Nestlé ist die Schweiz trotz der Herausforderungen ein wichtiger Produktionsstandort. Rund 90 Prozent der hier produzierten Waren werden exportiert. Dazu gehören hauptsächlich Kaffee, Schokolade und Babynahrung. Eine besondere Stärke sei auch die Forschung. Gerade bei Kaffee

und Babynahrung befinden sich Nestlé-Forschungsstandorte in der Schweiz. Imhof warnte davor, diese Voraussetzungen als selbstverständlich zu betrachten. «Wenn man anfängt, zu glauben, es ist einfach so, dann hat man verloren», sagte er. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Freihandelsabkommen. Für Imhof geht deren Bedeutung über Zölle und tarifäre Zugeständnisse hinaus. Sie schaffen Netzwerke und Beziehungen, die bei neuen Vorschriften oder anderen Handelshemmnissen entscheidend sein können. Deshalb sei auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schweizer Behörden wichtig.

Für Weilenmann stellt zudem die Kostenstruktur eine grosse Herausforderung dar. Wechselkurse könnten bei den Agrarrohstoffen teilweise abgefedert werden. Bei den Produktionskosten in der Schweiz schlage sich der Wechselkurs hinge-

gen direkt nieder. Wettbewerbsfähig zu bleiben und gleichzeitig einen Mehrwert zu bieten, sei deshalb eine Daueraufgabe.

«Abkommen modernisieren»

Weilenmann sieht beim bestehenden Freihandelsnetzwerk noch Potenzial. Dabei gehe es nicht nur um neue Abkommen, sondern auch um deren Modernisierung. Gerade für Milchprodukte und Käse könne dies entscheidend sein. Dort, wo die EU gegenüber der Schweiz bessere Bedingungen habe aushandeln können, seien Schweizer Exporteure ins Hintertreffen geraten. Die Schweiz werde nicht jeden Markt mit jedem Produkt bedienen können und nie das Land sein, das beispielsweise Milch für internationale Rohstoffmärkte produziere, sagte Weilenmann. Stattdessen müsse man sich auf Märkte konzentrieren, in denen Schweizer Unternehmen über besondere Kompetenzen verfügten.

Für Imhof ist dabei Innovation entscheidend. Eine zu starke Ausrichtung auf den heimischen Markt könne dazu führen, dass Unternehmen international an Wettbewerbsfähigkeit verlore. «Der Selbstversorgungsgrad hat noch nie entschieden, wie gut ein Markt funktioniert», sagte Weilenmann. Für ihn zählt vor allem die Wertschöpfung, die bei den Akteuren der Kette ankommt. Imhof illustrierte dies mit Kaffee: Die Schweiz habe keinen Kaffeeanbau und sei trotzdem der zweitgrösste Kaffeeexporteur der Welt. Entscheidend seien Marktzugang, Handel und Verarbeitung. Für Weilenmann ist deshalb klar, was die Politik leisten muss: «Wir müssen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Akteure, Unternehmen, Produzenten bereit sind, zu investieren. Investitionen sind die Grundvoraussetzung für eine gute Wertschöpfung.»

Nichts für gut laufende Betriebe

Die Migros stelle der Landwirtschaft wegen der Trockenheit zwei Millionen Franken zur Verfügung, um finanziellen Härtefällen zu helfen. Die Abwicklung erfolge über die dem Schweizer Bauernverband nahestehende Bucher-Gossweiler-Stiftung. Das schrieb die Migros in einem Communiqué vom 21. August. Jetzt ist klar, nach welchen Kriterien das Geld verteilt wird. Zuerst ist wichtig, dass nur Anträge unterstützt werden, die zusätzlich zum Trockenheitsschaden mindestens einen weiteren Grund für ihre Notlage haben. Das könne die kürzliche Betriebsübernahme, ein Unfall oder eine Krankheit in der Familie sein, heisst es auf der Website der Stiftung. Zweitens gibt es diverse Ausschlussgründe. Juristische Personen sind ausgeschlossen, nicht nur Stiftungen, sondern auch Landwirtschaftsbetriebe mit modernen Betriebsformen wie AG oder GmbH. Nicht profitieren können auch Betriebe mit einem steuerbaren Betriebseinkommen, das grösser als 80'000 Franken ist. Die Formulierung lässt offen, ob bei verheirateten Paaren ein gut bezahlter Nebenerwerb der Ehefrau, der auch zum steuerbaren Einkommen des Paares gezählt wird, zum Ausschlussgrund werden könnte. Die Stiftung will offenbar grosse und bislang gut rentierende Betriebe ausschliessen. Nebenerwerbsbetriebe sollen den Schaden aus anderem Einkommen mit Querfinanzierung begleichen, denn Betriebe, die mehr als 30 Prozent des steuerbaren Betriebseinkommens aus einem nicht landwirtschaftlichen Nebenerwerb erzielen, sind ausgeschlossen. Betriebe mit einem Tierbestand grösser als 1,8 GVE pro Hektare sind ebenfalls ausgeschlossen. Diese Betriebe halten in den Augen der Stiftung offenbar zu viele Tiere. Auch ein Schweinebetrieb mit Schaden im Ackerbau passt nicht ins Fördermuster. sal

Kompromiss bei Mercosur

Handelsabkommen Die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände kommen dem Schweizer Bauernverband entgegen, weil das Mercosur-Abkommen sonst bereits gescheitert wäre.

Der Nationalrat hat das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay im Juni abgelehnt. Die linksgrüne Seite ist ohnehin dagegen, und auch viele Landwirtschaftsvertreter stimmten Nein. Dies, weil der Antrag auf Kompensation der Schweizer Landwirtschaft in der Höhe von 110 Millionen Franken während 8 Jahren scheiterte. Die wirtschaftsnahen bürgerlichen Politiker sagten Nein zu diesem Antrag. Sie fanden, der Bund habe das Geld dafür nicht, und hofften, Bauernverbandspräsident Markus Ritter werde bei genug Druck schon nachgeben. Das tat er nicht, er sprach im «Schweizer Bauer» sogar davon, selbst Unterschriften zu sammeln. Auch die Gewerkschaften haben ihr Ja zu den neuen EU-Verträgen an grosse Zusicherungen beim Arbeitsmarkt geknüpft.

Viel für Investitionskredite

Jetzt meldet die «NZZ am Sonntag», dass ein Kompromiss in Sichtweite ist. Ständerat Benedikt Würth (Mitte, SG) wird am Mitt-



In Brasilien werden viele Fleischrinder gemästet. BILD: ZVG

woch in der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats beantragen, dass die Kompensation für die Landwirtschaft 517 Millionen Franken sein soll. Und zwar, wie vom Schweizer Bauernverband (SBV) gewollt, für Investitionskredite, Absatzförderung für Käse und eine Weiterführung der Massnahmen für die Weinbranche. Der SBV sei von Maximalforderungen abgerückt, heisst es. Daniel Salzmann

Mercosur-Leserreise

Vom 28. November bis 14. Dezember führen der «Schweizer Bauer» und das Reisebüro Eurobus-Geriberz eine Leserreise nach Argentinien und Brasilien durch. Reiseleiterin Barbara Oppliger und Chefredaktor Daniel Salzmann gehen mit. Noch sind einige wenige Plätze frei. Informationen unter schweizerbauer.ch → Reisen. sal

SBV sagt Nein zu höherer Mehrwertsteuer

Armee Für die Landwirtschaft sei eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu teuer, findet der Schweizer Bauernverband (SBV).

Bei der Versammlung von Treuhand, dem Treuhandverband Landwirtschaft Schweiz, hiess es kürzlich, «die Landwirtschaft» lehne die vorgeschlagene höhere Mehrwertsteuer zur Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee ab. Bedeutet «die Landwirtschaft» der Schweizer Bauernverband (SBV)? Tatsächlich, wie eine Nachfrage bei SBV-Kommunikationschefin Sandra Helfenstein ergibt. Sie verweist auf die Vernehmlassungsantwort vom 1. Juni, die negativ ausfiel.

Es geht um 60 Millionen

Die Stellungnahme des SBV beginnt mit schönen Worten für die Armee. Die Notwendigkeit einer verlässlichen Finanzierung der Armee sei dem SBV bewusst, heisst es. Und weiter: Eine starke Armee sei auch ganz im Sinne der Landwirtschaft, welche mit der Sicherheit der Armee Lebensmittel für die Versorgung der Bevölkerung produzieren kann. Doch dann hat das Team um SBV-Mitarbeiter Daniel Blättler geschrieben: «In der Landwirtschaft rech-

nen viele Betriebe mit unterschiedlichen Gründen die Mehrwertsteuer nicht ab.» Darum entstünden für die Landwirtschaft bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer Zusatzkosten. Und auch bei Betrieben, welche die Mehrwertsteuer abrechneten, gebe es eine Mehrbelastung im Zusammenhang mit dem Umsatzanteil der Direktzahlungen. Darum lehnt der SBV das Vorhaben des Bundesrats ab, die Mehrwertsteuer ab 2028 um 0,8 Prozentpunkte befristet auf 10 Jahre zu erhöhen. Das betrifft den Normalsatz von aktuell 8,1 Prozent, der auch für die meisten Vorleistungen und Investitionen der Landwirtschaft gilt. Wenn die Landwirtschaft Saatgut, Dünger, Pflanzenschutzmittel und Futtermittel kauft, unterliegen diese dem reduzierten Satz von 2,6 Prozent. Dieser Satz würde gemäss Bundesrat um 0,3 Prozentpunkte erhöht werden. Der SBV sagt, die erwarteten Kosten für die Landwirtschaft lägen bei rund 60 Millionen Franken pro Jahr – zu hoch für den SBV. sal

Nachrichten

Hitzesommer stärkt Ruf nach Klimaschutz

Rund drei Viertel der Bevölkerung sahen nach dem Hitzesommer 2026 einen höheren Handlungsbedarf bei Klimaschutzmassnahmen, wie es in einer am Dienstag veröffentlichten Umfrage von «20 Minuten» und Tamedia hiess. Die Zustimmung zu mehr Klimaschutz fiel bei Frauen mit 60% deutlich höher aus als bei Männern mit 43%. Eine stärkere finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft durch den Bund befürworteten 62% der Befragten, um Ausfälle durch Hitze und Trockenheit abzufedern. sda/hal

Steigt auch der Preis für Biomilch um 4 Rp./kg?

Die Basis der Biomilchbetriebe rechnet mit einem Aufschlag von 4 Rp./kg infolge der Trockenheit auch auf der Biomilch. Was sagt Bio Suisse? «Wir stehen aktuell in einem eng getakteten Austausch mit Verarbeitern und dem Handel. Wir prüfen im Rahmen unserer etablierten Begleitmassnahmen mögliche Ansätze, die sowohl den Anforderungen des Marktes als auch den Realitäten auf unseren Milchproduktionsbetrieben Rechnung tragen.» Es gebe erste positive Signale, heisst es bei Bio Suisse weiter. sal